

# ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Dezember 2018



Forschungsergebnisse

**Chemieindustrie setzt auf Digitalisierung**

Veranstaltungen

**Wirtschaftsweise Isabel Schnabel spricht am ZEW**

Nachgefragt

**Gibt es mit 5G mobiles Internet für alle?**

Sport, Musik, Betreuung und Wohnen: Direkte Leistungen wie das staatliche Kindergeld kommen unmittelbar den Kindern zugute.

Foto: © iStockphoto.com/franckreporter

## Geld für Familien kommt bei Kindern an

Kinder profitieren von direkten staatlichen Geldtransfers wie dem Kindergeld. Entgegen bestehender Vorurteile werden Geldleistungen von den Eltern in der Regel nicht zweckentfremdet – und etwa für Alkohol, Tabak oder Unterhaltungselektronik ausgegeben, sondern vielmehr in größere Wohnungen, aber auch in bessere Betreuung, Bildung und in die Hobbys der Kinder investiert. Zudem reduzieren Eltern aufgrund des Kindergelds nicht ihre Arbeitszeit. Zu diesen Ergebnissen kommt eine ZEW-Analyse im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Armut ist ein erheblicher Risikofaktor für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Wer schon in jungen Jahren Mangel, Verzicht und daraus resultierend Beschämung erfährt, der hat es später schwerer, an unserer Gesellschaft teilzuhaben. Gegen diese materielle Armut von Kindern und Jugendlichen könnte man vorgehen, indem man sie und ihre Familien besser finanziell unterstützt. Doch mit der Forderung nach mehr Geld für arme Kinder tun sich Politik und Öffentlichkeit schwer: Zu groß

sind die Vorurteile gegenüber Familien im unteren Einkommensbereich, zu groß die Sorge, dass Eltern direkte finanzielle Leistungen für ihre Kinder für ihren eigenen Konsum, für Alkohol, Zigaretten und Unterhaltungselektronik „zweckentfremden“ und das Geld nicht bei den Kindern ankommt. Gestützt wird dieses Misstrauen durch Einzelfälle, über die in den Medien auch berichtet wird. Die ZEW-Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung zeichnet jedoch ein anderes Bild. Die Ergebnisse machen deutlich, dass diese Vorurteile gegenüber Eltern unbegründet sind: So zeigt sich, dass Eltern finanzielle Leistungen wie das Kindergeld sinnvoll für Bildung, Betreuung und Freizeitaktivitäten ihrer Kinder sowie für das Wohnen einsetzen. Eine massive Zweckentfremdung der Mittel ist nicht nachweisbar.

Untersucht wurde dazu die Verwendung von zwei staatlichen Leistungen für Familien – das Kindergeld sowie das Landeserziehungsgeld in verschiedenen Bundesländern – für den Zeitraum von 1984 bis 2016 auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie sind: Je 100 Euro Kindergeld steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind eine Kindertagesbetreuung besucht, um fünf Prozentpunkte. Isoliert betrachtet, ist dieser Effekt für den Zeitraum nach dem Jahr 2000 mit zehn Prozentpunkten sogar noch größer: Offenbar haben seitdem frühkindliche Bildungseinrichtungen aus Sicht der Familien an Bedeutung gewonnen, zudem hat sich das Angebot an Kitas und Ganztagschulen in dem Zeitraum verbessert. Neben vermehrter Teilnahme an Kinderbetreuung findet sich ebenfalls eine größere Inanspruchnahme von – meist mit Kosten verbundenen – Freizeitangeboten. So zeigen die Berechnungen etwa, dass eine hypothetische Erhöhung des Kindergelds um 100 Euro die Teilnahme an Kinderturnangeboten von Kindern unter sechs Jahren um acht Prozentpunkte erhöht. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder dieser Altersklasse an frühkindlicher Musikerziehung teilnehmen, steigt um sieben Prozentpunkte.

### Freizeitaktivitäten der Kinder werden unterstützt

Auch für ältere Kinder im Alter von sechs bis 16 Jahren findet sich ein positiver Effekt beim Besuch von Musikschulen. Für eine Kindergelderhöhung von 100 Euro fällt dieser Effekt mit elf Prozentpunkten groß aus. Dass es eine Wirkung des Kindergelds über die Altersgruppen hinweg auf das Erlernen und Spielen eines Musikinstruments gibt, kann damit zusammenhängen, dass diese Beschäftigung üblicherweise mit höheren Ausgaben verbunden ist, etwa für die Anschaffung oder Miete oft teurer Instrumente sowie der Bezahlung der Musikstunden etc.

Schließlich zeigen die Berechnungen, dass Familien durch das Kindergeld mehr für die Miete ausgeben. Bezogen auf 100 Euro Kindergeld, beträgt der Anstieg 14 Euro; zugleich steigt die Wohnfläche im Schnitt um gut zwei Quadratmeter.



Das **Landeserziehungsgeld** ist eine Geldleistung für Familien im Anschluss an das Bundeserziehungsgeld beziehungsweise seit 2007 an das Bundeselterngeld. Anspruchsberechtigt sind Familien im unteren Einkommensbereich. Landeserziehungsgeld wird beziehungsweise wurde im Untersuchungszeitraum in Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen gezahlt. Der Anspruch auf Landeserziehungsgeld setzt mit dem Ende der Bundesleistung ein, also frühestens mit dem 13. Lebensmonat eines Kindes. Die Leistung wird in den meisten Fällen für zwölf Monate gezahlt, in einigen Ländern aber auch kürzer. Die Höhe des Landeserziehungsgeldes bewegt sich je nach Bundesland zumeist zwischen 150 und 300 Euro pro Monat und Kind, wobei meist für das erste Kind ein niedrigerer und für weitere Kinder ein höherer Betrag gezahlt wird.



Anspruch auf **Kindergeld** entsteht mit der Geburt eines Kindes und gilt mindestens bis zum 18. Lebensjahr. Wenn das anspruchsberechtigte Kind sich danach in einer Ausbildung befindet, verlängert sich der Anspruch bis zum 25. Lebensjahr. Kindergeld wird einkommensunabhängig an alle Familien gezahlt. Zumindest für Familien mit minderjährigen Kindern ist das Kindergeld ein Musterbeispiel für eine bedingungslos gewährte Geldleistung. Die Höhe des Kindergelds hängt von der Anzahl der Kinder ab und wurde seit der Einführung des Kindergelds mehrfach angepasst. Aktuell liegt das Kindergeld für das erste Kind und zweite Kind bei jeweils 194 Euro pro Monat.

Weder beim Landeserziehungsgeld noch beim Kindergeld kann ein Einfluss auf den Kauf oder Besitz von Unterhaltungselektronik oder ein Anstieg des Alkoholkonsums nachgewiesen werden. Beim Tabakkonsum fanden sich in weiter zurückliegenden Jahren Anzeichen für einen Anstieg. Seit 2008 ist dieser Effekt jedoch nicht mehr vorhanden.

### Mehr Vertrauen in die Eltern rechnet sich

Auf Basis dieser Ergebnisse gibt es keinen Grund, bedürftige Eltern unter einen Generalverdacht zu stellen. Im Gegenteil: Das Geld kommt in der Regel bei den Kindern an. Dabei decken sich die ZEW-Ergebnisse mit anderen Untersuchungen sowie der internationalen Forschung zum Thema. Mehr Vertrauen in die Eltern rechnet sich außerdem für den Sozialstaat, weil Geldleistungen weniger Bürokratie verursachen als eine zweckgebundene Förderung wie beim Bildungs- und Teilhabepaket. Bei diesem Paket erfolgt die Förderung von Kindern und Jugendlichen bewusst in Form von Sach- und Dienstleistungen. Jedoch verursacht diese Art der Leistungsgewährung einen hohen administrativen Aufwand: Die Personal- und Sachkosten der Verwaltung liegen bei knapp 30 Prozent der Fördersumme – das ist Geld, das definitiv nicht bei den Kindern ankommt.

Zu bedenken ist darüber hinaus, dass aufgrund bürokratischer Hürden längst nicht alle Eltern die Ansprüche ihrer Kinder überhaupt geltend machen. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch bei der Gewährung von Sach- und Dienstleistungen die Frage nach einer effizienten und zielgenauen Verwendung der finanziellen Mittel.

Die vollständige Studie findet sich zum Download auf der Projektseite „Kommen Geldleistungen bei den Kindern an?“ unter: [www.zew.de/PJ2995](http://www.zew.de/PJ2995)

Die Kommunen in Deutschland haben bei der Festlegung des Gewerbesteuerhebesatzes einen gewissen Spielraum. München liegt mit einem Hebesatz von 490 Prozent in Bayern klar an der Spitze.



Foto: © iStockphoto.com/alexsl

# US-Steuerreform: Deutsche Kommunen entscheiden über ihre Wettbewerbsfähigkeit

Auch nach der US-Steuerreform mit ihrer massiven Steuersenkung können deutsche Gemeinden mit niedrigen Gewerbesteuern immer noch wichtige US-Bundesstaaten wie Kalifornien oder New York unterbieten. Zu diesem zentralen Ergebnis kommt eine ZEW-Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

Mit der Unternehmenssteuerreform 2018 haben sich die USA einen erheblichen Standortvorteil im Vergleich zu Deutschland verschafft. Während der deutsche Standort bis zur US-Steuerreform noch mit geringeren Gewinnsteuersätzen punkten konnte, hat sich mit der Absenkung des Körperschaftsteuersatzes in den USA von 35 Prozent auf 21 Prozent das Bild gewandelt. Nach wie vor haben jedoch die deutschen Kommunen mit ihrer Entscheidung über die Höhe der Gewerbesteuer einen erheblichen Einfluss auf die internationale steuerliche Wettbewerbsfähigkeit ihrer Standorte.

## US-Bundesstaaten im Vergleich mit Bayern

Die Studie betrachtet fünf US-Bundesstaaten – Texas, New York, Kalifornien sowie North Carolina und South Carolina – im Vergleich zu Standorten in Bayern. Die Auswahl richtet sich nach der Höhe der Körperschaftsteuer in den einzelnen Bundesstaaten, die zusätzlich zur Körperschaftsteuer auf US-Bundesebene erhoben wird. In Bayern reicht die Spannweite der gemeindenspezifischen Gewerbesteuerhebesätze von 230 Prozent (Wolfertschwenden im Unterallgäu) bis 490 Prozent (München). Daraus ergibt sich eine Spanne für den kombinierten Gewinnsteuersatz, also die Höhe der Steuer, die Unternehmen für ihre erwirtschafteten

teten Gewinne abzugeben haben, von 23,9 Prozent für Wolfertschwenden bis 33,0 Prozent für München. Bundesweit sind ähnliche Spannweiten zu beobachten, weshalb die Ergebnisse der Studie für Bayern repräsentativ sind.

Im Ergebnis der Untersuchung zeigt sich nun ein deutliches Gefälle: Vor der US-Steuerreform wiesen alle deutschen Standorte geringere Gewinnsteuersätze als alle betrachteten US-Bundesstaaten auf. Nach der Reform aber fallen selbst Standorte in der Bundesrepublik mit einem niedrigen kombinierten Gewinnsteuersatz wie Wolfertschwenden mittlerweile hinter US-Bundesstaaten wie North Carolina (23,4 Prozent kombinierter Gewinnsteuersatz) mit besonders niedrigen Steuern zurück. Nach wie vor sind die deutschen Niedrigsteuer-Kommunen aber steuerlich attraktiver als wichtige US-Bundesstaaten mit vergleichsweise hohen Steuerbelastungen. So unterbietet die Gesamtsteuerlast in der Beispielgemeinde Wolfertschwenden mit 23,9 Prozent die Steuerbelastung in New York (26,1 Prozent Steuerbelastung) und Kalifornien (28,0 Prozent).

Die Gewerbesteuer hat für Unternehmen und ihre Standortentscheidung in Deutschland eine enorme Bedeutung, die vor allem im internationalen Vergleich zu Verschiebungen führen kann, wenn man sich die steuerliche Belastung vor Augen führt.

Die Studie findet sich zum Download unter:

[https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Wirtschaftspolitik/2018/Downloads/1810-vbw\\_Studie-US-Steuerreform\\_frei\\_NEUES-CI.pdf](https://www.vbw-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Wirtschaftspolitik/2018/Downloads/1810-vbw_Studie-US-Steuerreform_frei_NEUES-CI.pdf)

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, [friedrich.heinemann@zew.de](mailto:friedrich.heinemann@zew.de)  
Prof. Dr. Christoph Spengel, [christoph.spengel@zew.de](mailto:christoph.spengel@zew.de)  
Rainer Bräutigam, [rainer.bräutigam@zew.de](mailto:rainer.bräutigam@zew.de)

## INHALT

Geld für Familien kommt bei Kindern an .....	1
US-Steuerreform: Deutsche Kommunen entscheiden über ihre Wettbewerbsfähigkeit .....	3
Chemieindustrie in Deutschland zeigt Potenzial bei Digitalisierung .....	4
Strommarkt: Wechselunwillige zahlen drauf .....	5
Managergehälter in Deutschland und USA steigen mit internationalem Wettbewerb .....	6

Warum Deutschland den Strukturwandel durch die Digitalisierung zulassen muss .....	7
Prekäre Solo-Selbstständigkeit – Was die Politik anpacken sollte .....	8
Nachgefragt: Gibt es mit 5G endlich mobiles Internet für alle? .....	9
ZEW intern .....	10
Daten und Fakten, Termine .....	11
Standpunkt .....	12





Foto: © iStockphoto.com/nd3000

Die Einführung neuer digitaler Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle bietet der deutschen Chemieindustrie weitere Innovationsmöglichkeiten.

# Chemieindustrie in Deutschland zeigt Potenzial bei Digitalisierung

Die chemische Industrie zählt zu den Branchen in Deutschland, die digitale Anwendungen bereits vielfach in der Produktion einsetzen. Allerdings bleiben noch erhebliche Möglichkeiten für weitere digitale Innovationen in den Unternehmen der Branche offen. Zudem steht die Chemieindustrie vor großen Herausforderungen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung sowie Datensicherheit. Zu diesen zentralen Ergebnissen kommt die Studie „Innovationsindikatoren Chemie 2018“ mit dem Schwerpunktthema Digitalisierung, die das ZEW und das Center für Wirtschaftspolitische Studien (CWS) der Leibniz Universität Hannover im Auftrag des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) durchgeführt haben.

Digitale Anwendungen sind demnach in der deutschen Chemieindustrie schon beachtlich verbreitet. Mehr als 80 Prozent der Unternehmen haben zuletzt digitale Anwendungen im Produktions- und Vertriebsprozess eingesetzt, etwa in Form einer digitalen Vernetzung innerhalb der Produktion, zwischen Produktion und Logistik sowie an den Schnittstellen zu Kunden und Lieferanten. Diesen Weg will die Branche auch weitergehen. In den kommenden Jahren planen die meisten Chemieunternehmen einen intensiveren Einsatz digitaler Lösungen für ihre Prozesse. Dabei handelt es sich überwiegend um kleine und mitt-

lere Unternehmen (KMU). Am häufigsten soll die digitale Vernetzung mit Kunden vorangetrieben werden.

Mit Blick auf Produktionsprozesse sowie Forschung und Entwicklung (FuE) in den Unternehmen zeigt die Studie, dass neue digitale Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle weitere Innovationsmöglichkeiten bieten. Zwar arbeitet die Branche bereits mit hoch optimierten Anlagen in der Fertigungstechnik und ist somit durchaus effizient. Digitale Technologien versprechen aber weitere Produktivitätsgewinne, beispielsweise durch die Einführung eines digitalen Supply-Chain-Managements oder den Einsatz eines digitalen Anlagenmanagementsystems und modularer Anlagen, um flexibler produzieren zu können. Daneben erlauben digitale Technologien neue FuE-Ansätze, indem sich etwa auf Basis von Big Data oder künstlicher Intelligenz schnellere Simulationen zur Entwicklung neuer Chemikalien oder eine nachhaltigere Herstellung von Chemikalien praktisch umsetzen lassen.

## Höhere Sicherheitsanforderungen für Datenschutz

Bei allen Potenzialen, die der digitale Wandel für die deutsche Chemieindustrie birgt, zeigt die Studie zwei große Baustellen für die Branche. Erstens verändert die Digitalisierung nicht nur Geschäftstätigkeit und FuE-Prozesse in der Chemie, sondern stellt auch neue Anforderungen an die Beschäftigten und damit an das Aus- und Weiterbildungssystem, zum Beispiel durch digitale Lernangebote. Zweitens geht der zunehmend intensivere Einsatz digitaler Technologien einher mit höheren Sicherheitsanforderungen für den Datenschutz, insbesondere bei KMU.

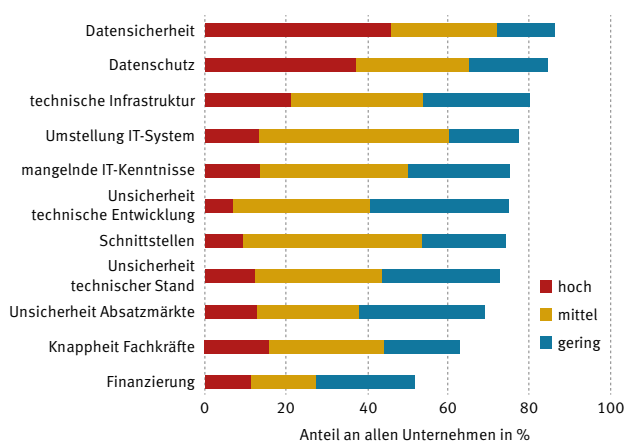
Konkret bedeutet das für die Unternehmen, die eigenen Betriebsgeheimnisse und sensible Kundendaten besser vor Hacker-Angriffen oder Industriespionage zu schützen. Weitere Schwierigkeiten, mit denen sich die deutsche Chemiebranche bei der Nutzung von Digitalisierungsanwendungen konfrontiert sieht, sind der Breitbandausbau sowie ein Mangel an IT-Fachkräften und fehlende IT-Kenntnisse der Beschäftigten (siehe Grafik).

Die Studie fasst neben dem Schwerpunkt Digitalisierung die Forschungs- und Innovationsleistung der Chemie (ohne Pharma) anhand einer Vielzahl von Indikatoren zusammen.

Das Gutachten findet sich unter: [http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/InnoIndi\\_Chemie\\_2018.pdf](http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/InnoIndi_Chemie_2018.pdf)

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de

BEDEUTUNG VON SCHWIERIGKEITEN DER DIGITALISIERUNGS-NUTZUNG IN DER DEUTSCHEN CHEMIEINDUSTRIE 2016



Quelle: ZEW: Mannheimer Innovationspanel

# Strommarkt: Wechselunwillige zahlen drauf

Die deutsche Strommarktliberalisierung hat der Monopolstellung lokaler Stromversorger ein Ende gesetzt und Verbrauchern/-innen den Wechsel zu anderen Versorgern ermöglicht. Trotz der Liberalisierung erhöhen Grundversorger ihren Grundversorgungstarif, wenn Verbraucher/innen vermehrt nach günstigeren Tarifen im Internet suchen und senken gleichzeitig die Preise für ihre Tarife außerhalb der Grundversorgung. Diese liegen dennoch deutlich über den Tarifen der Wettbewerber. Verbraucher/innen, die vermehrt nach günstigeren Stromanbietern im Internet suchen, profitieren von günstigeren Strompreisen, während Kunden/-innen im teuren Grundversorgungstarif draufzahlen. Dies zeigt eine ZEW-Studie gemeinsam mit der MINES ParisTech, der Universität Wien sowie der WU Wien.

Seit der Marktliberalisierung werden Verbraucher/innen zunächst automatisch von ihrem lokalen Grundversorger zum Grundversorgungstarif mit Strom beliefert. Im Schnitt haben Endverbraucher/innen im Grundversorgungstarif jährlich 1.006 Euro im Beobachtungszeitraum von 2010 bis 2015 bezahlt. Allerdings können sich die Kunden/-innen informieren – etwa auf Preisvergleichsseiten im Internet – und für einen günstigeren Tarif bei ihrem lokal etablierten Stromversorger entscheiden oder zu einem anderen Anbieter wechseln. Die online über Vergleichsseiten gefundenen Durchschnittspreise lagen im Beobachtungszeitraum mit 929 Euro jährlich für den günstigeren Tarif des Grundversorgers und 808 Euro für Tarife konkurrierender Stromanbieter deutlich unter dem Grundversorgungstarif.

Grundversorger reagieren auf verstärkte Online-Suchaktivitäten auf Preisvergleichsseiten mit einer Erhöhung des Grundversorgungstarifs, gleichzeitig aber auch mit einer Senkung ihres günstigeren Tarifs. Steigen die Suchaktivitäten im Internet um zehn Prozent, so erhöhen die Grundversorger den Tarif um 0,38 Prozent und senken ihren kompetitiveren Tarif um 1,16 Prozent. Hingegen fallen die bereits günstigen Tarife anderer Stromanbieter dann nur leicht um 0,32 Prozent.

## Mit Intensität der Suche steigt die Preisdiskriminierung

Zudem wächst die Preisstreuung mit der Intensität der Online-Suche: Bei einer zehnpromzentigen Zunahme der Suchaktivitäten im Internet, klaffen Grundversorgungstarife und Tarife anderer Anbieter um 2,7 Prozent auseinander. Die Preisdiskriminierung der Grundversorger, also die Differenz zwischen Grundversorgungstarifen und ihrem günstigen Tarif, steigt dann sogar auf 13,7 Prozent. Zudem reduziert sich die Differenz zwischen den kompetitiveren Preisen der Grundversorger und den Preisen der Wettbewerber dann um 13,6 Prozent. Grundversorger haben einen starken Anreiz, Kunden/-innen davon abzuhalten, zu einem anderen Anbieter zu wechseln, indem sie selbst einen günstigeren Preis als den Grundversorgungstarif anbieten. Je höher der Anteil der wechselwilligen Kunden/-innen ist – ökonomisch wird dann von niedrigeren Suchkosten gesprochen –, desto

niedriger setzen die Grundversorger ihren günstigeren Preis an. Im Gegenzug erhöht sich dann jedoch der Grundversorgungstarif, um mehr an Kunden/-innen mit hohen Suchkosten, also Kunden/-innen, bei denen ein Wechsel unwahrscheinlich ist, zu verdienen. Dies sind etwa ältere Menschen, die weniger vertraut mit dem Internet und Preisvergleichsseiten sind.

Trotz dieser Preisstrategien der Stromversorger sind viele Kunden/-innen loyal: Im Jahr 2015 blieben weiterhin 76 Prozent der privaten Haushalte bei ihrem Grundversorger. Von diesen zahlten 33 Prozent den teuren Grundversorgungstarif und 43 Prozent



Den Energieversorger zu wechseln, kann bares Geld sparen.

stellten auf einen günstigeren Tarif des Grundversorgers um. Nur 24 Prozent der Kunden/-innen wechselten von ihrem Grundversorger zu einem günstigeren Anbieter. Dabei ist ein Wechsel kaum mit Umständen verbunden, da der neue Stromversorger die Ummeldung übernimmt. Zudem rechnet es sich: Für einen Zwei-Personen-Haushalt sinken die jährlichen Stromkosten mit einem Wechsel zu einem Wettbewerber um durchschnittlich 200 Euro.

Die Deutschen scheinen dem Trend des Wechselns zu folgen: Von 2006 bis 2014 ist hierzulande der Anteil der Haushalte, die den Stromanbieter wechselten, von 1,71 auf 9,38 Prozent gestiegen. Je mehr Menschen nach günstigeren Stromanbietern im Internet suchen, desto mehr können auch von günstigeren Strompreisen profitieren. Draufzahlen müssen dann allerdings diejenigen, die im teuren Grundversorgungstarif bleiben. Die Möglichkeit den Stromanbieter zu wechseln führt also zu Gewinnern und Verlierern unter den Verbrauchern/-innen.

Die Studie findet sich zum Download unter:

<http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp18042.pdf>

Prof. Dr. Sven Heim, sven.heim@mines-paristech.fr





Foto: © iStockphoto.com/ AmazingDream

Die Pro-Kopf-Vergütung von Führungskräften in deutschen und US-Unternehmen nimmt mit stärkerem internationalen Wettbewerb zu.

# Managergehälter in Deutschland und USA steigen mit internationalem Wettbewerb

Sowohl deutsche als auch US-amerikanische Unternehmen agieren mittlerweile in einem globalisierten Umfeld. Nimmt der internationale Wettbewerb in diesem Umfeld zu, ist in beiden Ländern eine höhere Pro-Kopf-Vergütung der Führungskräfte in Unternehmen zu beobachten. Dabei profitieren US-Manager/innen mehr im direkten Vergleich zu ihren deutschen Pendanten, wie eine ZEW-Studie zeigt.

Eines der zentralen Instrumente der Unternehmensführung, um die Interessen der Anteilseigner und die der Unternehmensführung zu koordinieren, sind finanzielle Anreize. Eine ähnlich disziplinierende Wirkung auf die Gehälter des Topmanagements haben auch Wettbewerb und Konkurs, sollte das Unternehmen nicht rentabel wirtschaften. Unternehmen bewegen sich heutzutage in einem globalisierten Umfeld: Sie konkurrieren nicht mehr nur mit einheimischen Wettbewerbern, sondern zunehmend auch mit Unternehmen aus der ganzen Welt. Die Studie untersucht zunächst den direkten Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Managementvergütung sowie weiter, ob und inwiefern internationaler Wettbewerb die Anreizorientierung der Entlohnung von Führungskräften in den Unternehmen beeinflusst.

Grundlage der empirischen Analyse sind die unternehmerischen Entwicklungen in Deutschland und den Vereinigten Staaten im verarbeitenden Gewerbe. In diesen Ländern unterscheiden sich die Vergütungen des Topmanagements erheblich mit Blick auf Höhe und Ausgestaltung. In den USA ist die durchschnittliche Managemententlohnung zwischen den Jahren 1977 und 2003 um das Siebenfache – von einer Million auf sieben Millionen Dollar – gestiegen, während sie in Deutschland im Zeitraum von 1977 bis 2007 um etwa das Dreieinhalbfache – von 200.000 auf 700.000 Euro – zugenommen hat.

## US-Unternehmen sind im Durchschnitt größer

Im Beobachtungszeitraum liegt die Pro-Kopf-Managementvergütung in den USA mit durchschnittlich 4,454 Millionen Dollar erheblich höher als die durchschnittliche Pro-Kopf-Managementvergütung von 377.350 Euro in Deutschland. Dabei sind die US-amerikanischen Unternehmen im Durchschnitt mehr als neunmal so groß im Vergleich zu ihren deutschen Konkurrenten. Die Eigenkapitalrendite der US-amerikanischen Unternehmen

liegt bei durchschnittlich 16 Prozent, während sie bei deutschen Unternehmen durchschnittlich sieben Prozent beträgt. Die enormen Unterschiede im Niveau der Managementvergütung in Deutschland und den USA werden teilweise auf diese erheblichen Differenzen der Unternehmen bei der Größe, gemessen am Umsatz, sowie bei der Eigenkapitalrendite zurückgeführt.

Die Analyse zeigt nun, dass stärkerer internationaler Wettbewerb, gemessen am Anteil des Imports am gesamten Großhandel, sowohl in Deutschland als auch in den USA zu einer höheren Pro-Kopf-Vergütung der Führungskräfte in beiden Ländern führt. So steigt bei einer einprozentigen Zunahme des internationalen Wettbewerbs in Deutschland die Managementvergütung kurzfristig um 0,099 Prozent; in den USA liegt die Steigerung mit 0,184 Prozent etwa doppelt so hoch.

## Mehr fixe Vergütung in deutschen Chefetagen

Unterschiede zwischen den beiden Ländern ergeben sich auch beim Einfluss des internationalen Wettbewerbs auf den Zusammenhang zwischen Unternehmenserfolg und Managementvergütung („Pay-Performance Sensitivity“, PPS). Während in den USA aufgrund stärkeren internationalen Wettbewerbs die PPS ganz allgemein steigt, gilt dies in Deutschland erst ab einem bestimmten Wert der Wettbewerbsintensität, gemessen an Grad und Ausprägung des Konkurrenzverhaltens in der Branche. Für niedrige Wettbewerbsintensitäten ist die PPS in Deutschland negativ. Dies weist darauf hin, dass in Deutschland die fixe im Vergleich zur variablen Komponente in der Managementvergütung einen höheren Anteil hat als in den USA. Schließlich untersucht die Studie, ob es im Zusammenhang mit der Vergütung von Führungskräften eine Rolle spielt, dass ein Teil der Importe keine Endprodukte, sondern Zwischenerzeugnisse sind. Gemeinhin wird die verstärkte Einfuhr von Zwischenprodukten als Zeichen einer effizienten Beschaffungsstrategie der Unternehmen gesehen. Wird dies in der empirischen Analyse berücksichtigt, ändern sich die Ergebnisse allerdings nicht signifikant: Die Einfuhr von Zwischenerzeugnissen beeinflusst weder das Niveau noch die Ausgestaltung der Entlohnung von Führungskräften.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: [www.zew.de/PU80163](http://www.zew.de/PU80163)

Prof. Dr. Kornelius Kraft, Kornelius.Kraft@tu-dortmund.de

# Warum Deutschland den Strukturwandel durch die Digitalisierung zulassen muss

Brexit, Digitalisierung, der fortschreitende demografische Wandel – was bedeutet das für die Wirtschaftspolitik? Anhand dieser Kernpunkte stellte Prof. Dr. Isabel Schnabel, eine der fünf Wirtschaftsweisen und Professorin an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, am ZEW in der Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ die zentralen Aussagen des aktuellen Jahresgutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor.

„Der deutschen Wirtschaft geht es gut“, begann Isabel Schnabel ihren Vortrag vor 140 Gästen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Doch das Wachstum werde allmählich schwächer. „Es zeichnen sich erhebliche Risiken ab“, sagte die Finanzmarktexpertin. Deshalb sei es nun an der Zeit, die Weichen zu stellen, damit sich die Konjunktur weiterhin positiv entwickeln könne – daher auch der Titel des Gutachtens der Wirtschaftsweisen: „Vor wichtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen“.

Als größte Herausforderung auf internationaler Ebene betrachtet Schnabel eine „Abkehr von der multilateralen globalen Wirtschaftsordnung“. Die Lösung bestehe darin, den Euroraum zu stärken. Angesichts der derzeit schwelenden Handelskonflikte sollte Deutschland ebenso wie die Europäische Union auf Liberalisierung statt auf Protektionismus setzen.

In Sachen Brexit plädierte die Ökonomin ausdrücklich dafür, einen ungeordneten Austritt abzuwenden. Sei der Austritt vollzogen, sollten die EU-Finzen konsequent nach dem Subsidiaritätsprinzip geordnet werden, damit auf EU-Ebene nur Themen angegangen werden, die dort auch sinnvoll bearbeitet werden können. Das „größte Sorgenkind“ stellt für Schnabel momentan aber Italien dar, dessen Pläne für eine höhere Neuverschuldung auf massive Kritik stoßen. Banken und Staat seien in Italien so

stark miteinander verflochten, dass eine erneute Finanzkrise schwere Folgen nach sich ziehen würde, meinte Schnabel.

## Deutschland fehlt bislang ein offenerer Umgang mit Innovationen

Auf nationaler Ebene seien Fachkräftengpässe eine wesentliche Herausforderung. „Ohne Migration können wir es nicht schaffen, die Arbeitsmarktlücken zu füllen“, betonte sie. Daher brauche Deutschland dringend ein Fachkräftezuwanderungsgesetz. Das wichtigste Instrument, um den Folgen des demografischen Wandels zu begegnen, ist für die Wirtschaftsweise jedoch die Digitalisierung: Tätigkeiten, für die menschliche Fachkräfte fehlen, könnten gegebenenfalls automatisiert erledigt werden. Damit die Bevölkerung die Vorteile der Digitalisierung auch tatsächlich nutzen könne, brauche Deutschland außerdem ein gutes System für lebenslange Bildung und einen offeneren Umgang mit Innovationen.

Bei der Fragerunde am Ende des Vortrags standen Herausforderungen auf europäischer Ebene im Mittelpunkt. Auf Nachfrage von ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. erläuterte Isabel Schnabel etwa: „Falls Italien aus dem Euro aussteigen sollte, hätte das drastischere Folgen als der Brexit, was die Existenz des gesamten Währungsraums gefährden könnte.“ Abschließend fasste die Wirtschaftsweise zusammen: „Wir müssen globalen Verfallserscheinungen entgegenwirken und den Strukturwandel durch die Digitalisierung gestalten – damit es der deutschen Wirtschaft auch in Zukunft gut geht.“

Bilder zur Veranstaltung unter: [www.zew.de/AM6295](http://www.zew.de/AM6295)

Judith Hillen, [judith.hillen@zew.de](mailto:judith.hillen@zew.de)  
Felix Kretz, [felix.kretz@zew.de](mailto:felix.kretz@zew.de)



Isabel Schnabel (rechts) und ZEW-Präsident Achim Wambach in der Diskussion, nachdem die Wirtschaftsweise das Jahresgutachten des Sachverständigenrates am ZEW vorgestellt hatte.





Foto: © iStockphoto.com/PeopleImages

# Prekäre Solo-Selbstständigkeit – Was die Politik anpacken sollte

Über die prekäre Situation von Solo-Selbstständigen wird viel diskutiert. Der Blick auf die Einkommenssituation von Solo-Selbstständigen liefert dabei nicht immer eine zielgenaue sozialpolitische Bewertung. Auch die Diskussion um eine Aufnahme von Solo-Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung verdeckt den Blick auf andere Handlungsoptionen der Politik, die bereits im Erwerbsleben greifen und Altersarmut vorbeugen können.

Derzeit sind in Deutschland mehr als zwei Millionen Erwerbstätige soloselbständige Unternehmer. Unternehmertum zeichnet sich in der Regel durch eine stärkere Selbstbestimmung bei der täglichen Arbeit aus bringt aber auch Risiken mit sich. Aktuelle Zahlen des ZEW zeigen, dass die Einkommensspreizung bei Solo-Selbstständigen weit über derjenigen von abhängig Beschäftigten und auch über derjenigen von Selbstständigen, die weitere Arbeitskräfte beschäftigen, liegt. Solo-Selbstständige teilen sich bei den Einkommen also in stärkerem Maße in Gewinner und Verlierer auf. Teilt man die Bruttoeinkünfte durch die Arbeitszeit, dann verdienen mehr als 30 Prozent der Solo-Selbstständigen Einkommen unterhalb des derzeitigen Mindestlohns von 8,84 Euro brutto. Aus wirtschafts- und sozialpolitischer Sicht stellt sich die Frage, ob diese Beobachtung eine prekäre Erwerbssituation beschreibt, aus der Handlungsbedarf folgt. Wenn ja, in welcher Form sollte die Politik dann handeln?

Wie die Studie zeigt, ist für eine zielgenaue sozialpolitische Bewertung die Höhe des verfügbaren Einkommens zu betrachten. Dazu muss auch der Haushaltskontext berücksichtigt werden. Das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen von Solo-Selbstständigen in niedrigen Einkommensklassen unterscheidet sich nicht von dem Selbstständiger mit weiteren Arbeitskräften und liegt über dem von abhängig Beschäftigten in den entsprechenden Einkommensklassen. Mit anderen Worten: Wenn beide Partner gleichberechtigt auf das Haushaltseinkommen zugreifen können, dann sind Solo-Selbstständige nicht schlechter gestellt als andere Erwerbstätige – und das gilt auch, wenn man im Haushalt lebende Kinder mit berücksichtigt.

Bleibt damit überhaupt noch Handlungsbedarf übrig? Bezogen auf alle Personen ab 65 Jahren beziehen 3,7 Prozent der zuvor selbstständig Tätigen Grundsicherung im Alter. Damit ist die Quote von zuvor selbstständigen Personen, die eine steu-

erfinanzierte Sozialleistung beziehen, im Niveau niedrig aber höher als bei abhängig Beschäftigten (2,2 Prozent).

Gegenüber einem Systemwechsel in der gesetzlichen Rentenversicherung ist allerdings eine Reihe aktiver sozialpolitischer Maßnahmen zu bevorzugen, da diese bereits in der Erwerbsphase gezielt auf Problemlagen von Solo-Selbstständigen antworten und somit Altersarmut vorbeugen können.

## Verbesserte Berufsorientierung, Weiterbildung und Arbeitsrecht für Solo-Selbstständige

Zunächst kann der Staat die Entscheidung, eine selbstständige Tätigkeit aufzunehmen, durch ein Informationssystem begleiten, das Orientierung über Arbeitsbedingungen und Erfolgsaussichten einer Selbstständigkeit gibt. Weiterhin kann eine gezielte Förderung von Solo-Selbstständigen im Ausbau von Möglichkeiten zur Weiterbildung bestehen. Der Teilnahme an Weiterbildungskursen steht meistens das Problem entgegen, währenddessen keine Einnahmen erwirtschaften zu können. Eine staatliche Unterstützung könnte den entstehenden Einnahmenausfall kompensieren.

Schließlich können Maßnahmen im Bereich des Arbeitsrechts die Situation gerade derjenigen Solo-Selbstständigen verbessern, die als Free-Lancer – zum Beispiel über die Vermittlung auf Internetplattformen – erwerbstätig sind. Diese sind nicht als Beschäftigte eines Arbeitgebers tätig, stehen gleichzeitig allerdings in starker Abhängigkeit eines Auftraggebers oder einer Aufträge vermittelnden Plattform. Zum einen ist es daher wichtig, genügend öffentliche Mittel bereitzustellen, um Scheinselbstständigkeit aufzudecken und zu ahnden. Zum anderen fehlt bisher eine klare arbeitsrechtliche Einordnung, ob in diesen Fällen die Merkmale einer abhängigen Beschäftigung, einer Selbstständigkeit oder einer arbeitnehmerähnlichen Person ausschlaggebend sind. Bei einer Klärung ergeben sich unter anderem Antworten auf die Frage der Teilnahme an der gesetzlichen Sozialversicherung, der Abdeckung durch den gesetzlichen Arbeitsschutz, sowie ganz allgemein Rechtssicherheit für die betroffenen Personen abseits von einzelnen Gerichtsurteilen.

Das Gutachten findet sich zum Download unter:  
<https://www.zew.de/PU80322>

Dr. Michael F. Maier, [michaelf.maier@zew.de](mailto:michaelf.maier@zew.de)



Nachgefragt: Gibt es mit 5G endlich mobiles Internet für alle?

## „Es kann beim Ausbau zu einem erheblichen Koordinierungsproblem kommen“

Der Mobilfunkstandard 5G soll die Basis für die digitale Wirtschaft in Deutschland werden. Der Beirat der Bundesnetzagentur hat im November den vorgeschlagenen Regeln für die Vergabe der 5G-Frequenzen zugestimmt und somit die Rahmenbedingungen für die Aktion im Frühjahr 2019 festgelegt. Marktdesignexperte Prof. Dr. Vitali Gretschko äußert sich kritisch zu den neuen Regelungen, zu denen die Frequenzen vergeben werden sollen.

### Was sieht der Beschluss vor?

Der Beschluss legt die Rahmenbedingungen und die Regeln für die Auktion der Mobilfunkfrequenzen, die für 5G notwendig sind, fest. Bei den Rahmenbedingungen sind die Versorgungsaufgaben hervorzuheben. Jeder aktuelle Mobilfunkbetreiber, der Frequenzen ersteigert, verpflichtet sich bis Ende des Jahres 2022 98 Prozent der Haushalte mit 100 Mbit schnellem Internet zu versorgen. Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen, Bahnstrecken sowie Seehäfen und Wasserwege müssen ebenfalls versorgt werden.

Des Weiteren soll eine vorher definierte Anzahl von 5G-Basisstationen aufgebaut werden und zusätzlich weitere „Weiße Flecken“ in ländlichen Gebieten versorgt werden. Für Neueinsteiger in den Mobilfunkmarkt sind die Auflagen hingegen weniger ambitioniert: Neueinsteiger müssen bis zum Jahr 2025 je nach erworbenen Spektrum 25 bis 50 Prozent der Haushalte versorgen. Bei den Auktionsregeln gab es keine Überraschungen. Diese entsprechen im Wesentlichen den Regeln der vergangenen Auktionen.

### Wie bewerten Sie den Beschluss der Bundesnetzagentur?

Die Versorgungsaufgaben sind sehr strikt. Haushaltsversorgung, 5G-Basisstationen, Abdeckung der weißen Flecken sowie die Versorgung der Autobahnen müssen von jedem Bieter, der einen Zuschlag erhält, erfüllt werden. Für Bundes- und Landstraßen sowie die Schienen- und Wasserwege gibt es eine Anrechnungsklausel. Hier gilt, wenn ein Betreiber gebaut hat, wird das Gebiet für alle Betreiber als versorgt betrachtet. Insbesondere für den Ausbau in den ländlichen Gebieten und entlang der Verkehrswege sind aber die zu versteigernden Frequenzen nicht geeignet, da sie schlechtere Ausbreitungseigenschaften haben als die in den Jahren 2010 oder 2015 versteigerten Frequenzen.

Die Auktionsregeln können auch verbessert werden. Zum Beispiel macht es meines Erachtens wenig Sinn auf absolut identische abstrakte Frequenzblöcke unterschiedliche Gebote zuzulassen. Dies ermöglicht den Bietern sich gegenseitig komplexe Signale durch die Gebote zu senden und in der Auktion zu koordinieren. Des Weiteren ist es kritisch zu sehen, dass die Öffentlichkeit andere Informationen bekommt als die Bieter. Während die Bieter alle Gebote pro Runde sehen, werden nur die höchsten Gebote öffentlich gemacht.

### An welcher Stelle hätte nachjustiert werden können?

Trotz der vorgesehenen Erlaubnis, Absprachen unter den Mobilfunkbetreibern zuzulassen, um die Ausbauverpflichtungen besser erfüllen zu können, kann es zu einem erheblichen Koordinierungsproblem im Ausbau kommen. Dieses Problem kann man in den Griff bekommen, indem man im Vorfeld die ländlichen Regionen und die Verkehrswege unter den Anbietern aufteilt und nur dem zuständigen Anbieter in der jeweiligen Region die Auflagen macht. Im Gegenzug muss dieser die anderen Anbieter das Netz in seinem Gebiet mitnutzen lassen. Dies wäre am effizientesten zu bewerkstelligen, indem die Ausbauverpflichtungen entweder in einer gesonderten Auktion versteigert oder in die 5G-Auktion integriert werden.

### Sind ländliche Regionen im Nachteil?

Die Versorgungsaufgaben haben zum Ziel, auch die ländlichen Regionen mit schnellem Internet zu erschließen. Wenn diese tatsächlich umgesetzt werden, werden die ländlichen Regionen aufholen. Allerdings macht es wenig Sinn in dünn besiedelten Regionen eine dreifache Infrastruktur aufzubauen. Deshalb wäre eine Integration der Versorgungsaufgaben in die Auktion, so dass pro Region immer nur ein Teilnehmer die Auflagen erfüllen muss, wünschenswert gewesen.

### Etablierte Mobilfunkanbieter sträuben sich gegen den Beschluss. Woran liegt das?

Die etablierten Mobilfunkanbieter sträuben sich hauptsächlich, weil die Versorgungsaufgaben nicht mit den zu versteigernden Frequenzen zu erfüllen sind. Dafür werden Frequenzen aus den Auktionen in den Jahren 2010 und 2015 gebraucht. Somit – argumentieren hier die Anbieter – werden diese im Nachhinein entwertet.



**Prof. Dr. Vitali Gretschko**

ist Leiter der Forschungsgruppe „Markt-design“ am ZEW, Professor für Markt-design an der Universität Mannheim und Mitglied der Forschergruppe „Design and Behavior“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Seine Forschungsinteressen erstrecken sich über alle Gebiete des Markt-designs mit

Schwerpunkten im „Mechanism Design“, der angewandten Auktionstheorie und der Vertragstheorie. Er verfügt darüber hinaus über umfassende Erfahrung in der praktischen Gestaltung von Auktionen und Märkten sowie der strategischen Beratung von Marktteilnehmern.

vitali.gretschko@zew.de

## ZEW-Förderkreis vergibt erstmals zwei neu gestiftete Wissenschaftspreise

Der Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V. hat erstmals zwei neu gestiftete Wissenschaftspreise verliehen. Dr. Dominik Rehse, Senior Researcher am ZEW, wurde für die beste wissenschaftliche Leistung ausgezeichnet. Der Preis für das beste wirtschaftspolitische Beratungsprojekt ging an die Wissenschaftler/innen Prof. Dr. Irene Bertschek, Dr. Jörg Ohnemus, Dr. Thomas Niebel und Dr. Christian Rammer. Beide Preise sind mit jeweils 5.000 Euro dotiert. Überreicht wurden die Ehrungen von Claudia Diem, Vorstandin bei der Baden-Württembergischen Bank und Vorstandsmitglied des Förderkreises. Dr. Dominik Rehse wurde für sein Papier „The Effects of Uncertainty on Market Liquidity: Evidence from Hurricane Sandy“, ausgezeichnet. Das Papier untersucht, ob sich Unsicherheit nachteilig auf die Marktliquidität von Aktien auswirkt. Dazu wird der Hurrikan Sandy, der 2012 an der Ostküste der USA wütete und ungewöhnlicherweise bei New York City auf Land traf, als ein Unsicherheit stiftendes Ereignis für die empirische Analyse genutzt. Die ZEW-Wissenschaftler/innen Prof. Dr. Irene Bertschek, Dr. Jörg Ohnemus, Dr. Thomas Niebel und Dr. Christian Rammer teilen sich als Autorenteam den Preis für das beste wirtschaftspolitische Beratungsprojekt

am ZEW 2017/2018. Ihre prämierte Studie „Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2017“ erscheint jährlich seit dem Jahr 2012 im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Sie enthält fundierte Analysen zum Stand der Digitalisierung in Deutschland sowie im internationalen Vergleich. Die beiden Preise wurden am 04. Dezember 2018 im Rahmen einer Vortragsveranstaltung in der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ überreicht.



Dr. Dominik Rehse, Dr. Jörg Ohnemus, Dr. Thomas Niebel, Claudia Diem, Prof. Dr. Irene Bertschek, Dr. Christian Rammer (v.l.)

## Internationale Studierende informieren sich über Forschung und Perspektiven am ZEW

Eine internationale Gruppe von Studierenden der Universität Mannheim besuchte am 7. November 2018 das ZEW. Der Besuch fand im Rahmen des Projekts „Step by Step“ des Akademischen Auslandsamts der Universität statt. Ziel dieses DAAD-geförderten Projekts ist es, internationale Vollzeit-Studierende auf ihrem Weg in den deutschen Arbeitsmarkt zu begleiten. Dr. Daniela Heimberger, Leiterin des ZEW-Servicebereichs „Internationales und Öffentlichkeitsarbeit“, begrüßte die Studierenden und gab einen Überblick über die Arbeit des Instituts. Über Anstellungs-

möglichkeiten und Berufsperspektiven am ZEW – Praktika, Mitarbeit als studentische Hilfskraft oder Festanstellungen – informierte Personalleiterin Doris Brettar. Danach gaben zwei ZEW-Wissenschaftler/innen einen Einblick in ihren Arbeitsalltag. Olga Slivko, PhD, vom Forschungsbereich „Digitale Ökonomie“ und Claire Gavard, PhD, aus dem Forschungsbereich „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ berichteten über ihren Werdegang und Hintergrund, ihren Weg ans ZEW und präsentierte ihre Forschungsarbeit.

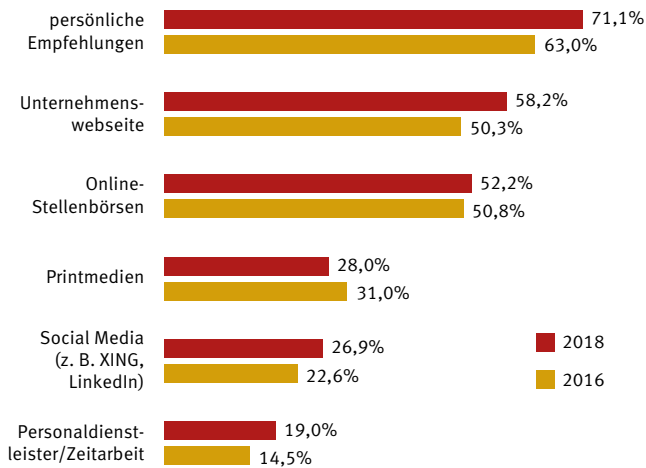
## MaTax-Jahreskonferenz zu Steuervermeidung und Ungleichheit

Wie muss ein zukunftsfähiges Steuersystem gestaltet werden, um wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Herausforderungen zu meistern? Das untersucht der Leibniz-WissenschaftsCampus „Mannheim Taxation“ (MaTax) von ZEW und Universität Mannheim und organisierte dazu Anfang Oktober 2018 die bereits fünfte internationale MaTax-Jahrestagung in Mannheim. Die Konferenz bot den rund 80 Gästen ein spannendes Programm zu aktuellen Steuerthemen. Hauptredner/innen waren Prof. Michelle Hanlon vom Massachusetts Institute of Technology (MIT), USA, und Prof. Wojciech Kopczuk von der Columbia University, USA. Prof. Hanlon gab einen Überblick über die wissenschaftliche Forschung zur Steuervermeidung, ging aber auch auf die politische Bedeutung des Themas ein. Prof. Kopczuk zeigte in seinem Vortrag, welchen Einfluss die Erfassung von Unternehmensgewinnen auf verschiedene Kennziffern der Einkommensungleichheit hat.



Professorin Michelle Hanlon vom MIT referierte zum Thema Steuervermeidung.

### E-Recruitment in der Informationswirtschaft weiter auf dem Vormarsch

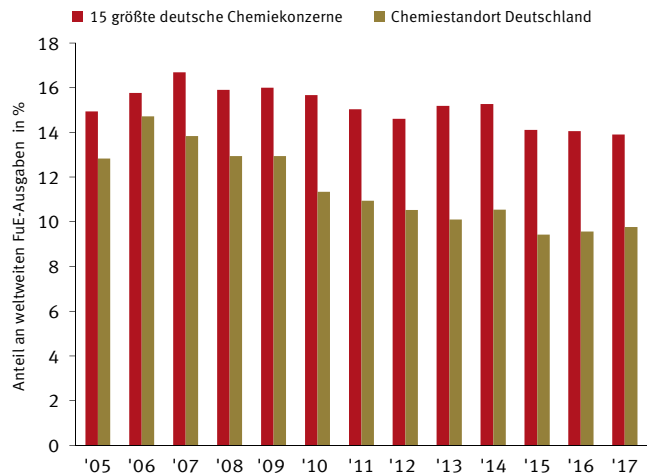


Quelle: ZEW

Um neues Personal zu gewinnen, setzen Unternehmen der Informationswirtschaft in Deutschland zunehmend auf E-Recruitment. Während 2016 knapp 72 Prozent der Unternehmen im Wirtschaftszweig Informationswirtschaft Tools wie Online-Stellenbörsen, Unternehmenswebseiten und Social Media-Plattformen zur Personalbeschaffung eingesetzt haben, liegt der aktuelle Wert 2018 bei über 77 Prozent. Dies zeigt eine ZEW-Unternehmensbefragung im Wirtschaftszweig Informationswirtschaft. Fast alle Großunternehmen ab 100 Beschäftigten nutzen inzwischen E-Recruitment-Instrumente. Bei den mittleren Unternehmen ab 20 Beschäftigten nutzen rund 90 Prozent elektronische Medien zur Personalbeschaffung. Den größten Zuwachs verzeichnet das E-Recruitment unter den kleinen Unternehmen, wo aktuell rund 73 Prozent auf E-Recruitment setzen. Unter den verschiedenen E-Recruitment-Instrumenten spielt die Platzierung von Stellenanzeigen auf der Firmen-Webseite die größte Rolle.

Dr. Jörg Ohnemus, joerg.ohnemus@zew.de

### FuE-Ausgaben der deutschen Chemieindustrie mit steigender Tendenz



37 OECD-/EU-Länder, CN, TW, SG. 2016 und 2017 geschätzt  
Quelle: Geschäftsberichte; OECD: ANBERD; Eurostat: CIS – Berechnungen und Schätzungen des ZEW und Center für Wirtschaftspolitische Studien

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) der Unternehmen der deutschen Chemieindustrie stiegen 2016 leicht (+1,5 Prozent) auf 4,25 Milliarden Euro. Für 2017 ist eine deutlichere Ausweitung (+2,9 Prozent) geplant. Damit bleibt die Chemieindustrie deutlich hinter dem stark ansteigenden Trend der deutschen Industrie insgesamt zurück. Von den gesamten FuE-Ausgaben der deutschen Industrie entfallen 6,2 Prozent auf die Chemie. Im internationalen Vergleich weist die deutsche Chemieindustrie eine hohe FuE-Intensität auf. Von den großen Chemienationen wird – in Relation zum Umsatz der Chemieindustrie – nur in Japan und der Schweiz mehr für FuE aufgewendet. Maßgebend für die hohe FuE-Intensität sind die FuE-Ausgaben der großen Unternehmen. Die 15 größten deutschen Chemieunternehmen waren 2017 für gut 14 Prozent der weltweiten FuE-Ausgaben in der Chemie verantwortlich. Dies ist deutlich mehr als der Anteil des Standorts Deutschland (2017: 9,4 Prozent).

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de



### Experten-Seminar: Exzellent führen

Das Seminar ist für Frauen in wissenschaftlichen Leitungspositionen konzipiert. Es findet am 13. und 14. März 2019 am ZEW in Mannheim statt. Das Seminar geht auf die vielfältigen Anforderungen ein, die mit der Führung von Mitarbeitern/-innen verknüpft sind. Neben dem klassischen Handwerkszeug – Führungsprinzipien, Aufgaben und Instrumente – gehören kommunikationspsychologische Aspekte der Führung und weitere Soft Skills zu den Inhalten dieses Seminars.

Weitere Informationen unter: <https://www.zew.de/SE2672>

### Lectures on Economic Policy am ZEW

Raubkopien und illegale Downloads bescheren der Musik- und Filmbranche enorme Umsatzeinbußen. Bedeutet also die digitale Revolution das Ende der Kreativindustrie? Im Gegenteil: Prof. Joel Waldfoegel von der Carlson School of Management wird in seinem Vortrag „Digital Renaissance: What Data and Economics Tell Us about the Future of Popular Culture“ am 15. Januar 2018 am ZEW zeigen, dass die digitale Technologie ein neues goldenes Zeitalter der Populärkultur ermöglicht.

Weitere Informationen unter: [www.zew.de/VA2752](http://www.zew.de/VA2752)





Foto: ZEW

## Die VWL ist ein lebendiges Fach

Das kam für viele überraschend: Für die Neubesetzung einer der fünf Posten im prestigereichen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben die Gewerkschaften einen Ökonomen nominiert, der der Volkswirtschaftslehre „mangelnde Selbstreflexion und

fehlende Methoden- und Theorienvielfalt“ vorwirft. Ein Affront gegen das Fach? Oder Ausdruck einer notwendigen Erweiterung des Fachs, wie es seit der Finanzkrise vor zehn Jahren häufiger zu hören ist? Beides wird der Sache nicht gerecht.

Die Gewerkschaften haben gewohnheitsrechtlich das Nominierungsrecht für einen der fünf Posten im Sachverständigenrat. Das formale Kriterium für die Ernennung eines Mitglieds sind nach dem Sachverständigenratsgesetz „besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen“. Diese wird Achim Truger, der seine Laufbahn im Institut für Makroökonomik und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung begonnen hat, mitbringen. Seine Einschätzungen wird er bei der Arbeit des Sachverständigenrats einbringen. Ihm ist dabei viel Erfolg und eine gute Hand zu wünschen.

Die Nominierung von Achim Truger damit zu rechtfertigen, dass die etablierte VWL zu einseitig sei, ist jedoch nicht zutreffend. Die VWL ist ein lebendiges Fach mit zahlreichen unterschiedlichen Ansätzen und Strömungen. Verhaltensökonomik statt einfaches Homo oeconomicus Denken, Marktdesign statt Marktliebe, Nachhaltigkeit statt Wachstumsgläubigkeit, wie der diesjährige Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften gut zum Ausdruck gebracht hat, der an je einen Vertreter der endogenen Wachstumstheorie und der Umweltökonomie ging. Dynamische Makromodelle berücksichtigen mittlerweile die Liquiditätsnöte einer Volkswirtschaft besser als früher. Finanzökonom/-innen ringen um ein genaueres Verständnis von systemischen Risiken und wie systemische Krisen entstehen können. Ist die Deutsche Bank systemisch? Können Versicherungen wie die Allianz den Finanzmarkt ebenso in die Knie zwingen wie die Insolvenz von Lehman Brothers? Ebenso wurde der Methodenraum erweitert: Die diesjährigen Preisträger/innen des Vereins für Socialpolitik, Isabel Schnabel und Moritz Schularick, stehen stellvertretend für eine sehr aktive und neue Forschungsrichtung, bei

der mit Hilfe historischer Daten die Entstehung und Bewältigung von Finanz- und Wirtschaftskrisen untersucht wird.

Diese Entwicklungen im Fach finden weltweit statt. Die Wissenschaftsgemeinschaft ist international, Deutschland ist Teil davon. Unsere Studenten/-innen gehen nach dem Bachelor, Master oder der Promotion nach England, Frankreich oder in die USA. An der London School of Economics, in Paris und Yale lehren Menschen, die in Deutschland studiert haben. Umgekehrt haben nicht wenige deutsche Wissenschaftler/innen Teile ihrer Ausbildung im Ausland erfahren. Die Internationalität des Fachs schlägt sich auch in der Lehre nieder. Der an den meisten Universitäten gelehrt klassische Kanon von Mikroökonomik, Makroökonomik und Ökonometrie ist nicht nur die notwendige Basis für einen Berufsweg als Volkswirt/in etwa in Zentralbanken oder Ministerien, sondern ermöglicht auch im Studium den einfachen Wechsel an Universitäten im Ausland, die auf denselben Kanon und auch auf dieselben Lehrbücher zugreifen.

Das Fach VWL ist vielfältig, und entwickelt sich stetig weiter, egal wer für den Sachverständigenrat nominiert wird. Mit Blick auf die Wissenschaft haben die Gewerkschaften bei ihrer Nominierung allerdings eine Chance vergeben. Unsere Doktoranden/-innen sind stets auf der Suche nach neuen relevanten Fragestellungen. Eine Person im Rat, die in der Wissenschaft etabliert ist und sich zugleich mit den Interessen und Problemen von Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaften beschäftigt, hätte einen Sog bewirken und Interesse für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit solchen Fragen schüren können. Kandidaten/-innen dafür hätte es gegeben. Dass diese wohl aber nicht ausreichend auf dem Radar der Gewerkschaften waren, müssen sich beide Seiten zuschreiben. Bei der öffentlichen Wahrnehmung des Faches VWL gibt es offensichtlich noch Einiges zu tun.

Dieser Beitrag ist in längerer Fassung zuerst am 14. Dezember 2018 in der „Wirtschaftswoche“ erschienen.

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich · **Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim  
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [gunter.grittmann@zew.de](mailto:gunter.grittmann@zew.de)  
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [felix.kretz@zew.de](mailto:felix.kretz@zew.de)  
Sabine Elbert · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [sabine.elbert@zew.de](mailto:sabine.elbert@zew.de)  
Kathrin Böhrner · Telefon 0621/1235-128 · Telefax 0621/1235-255 · E-mail [kathrin.boehmer@zew.de](mailto:kathrin.boehmer@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2018 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft